

Lebensmittelsicherheit in Japan nach Fukushima: Produzenten versus Konsumenten?

Food Safety in Post-Fukushima Japan:
Producers versus Consumers?

Cornelia Reiher

After the Fukushima nuclear accident many Japanese consumers feel irritated and seek reliable information on radiation levels in food and on the threats that radioactivity may pose to their health. The Japanese government has introduced limits on radioactivity in food but has been criticized for its late response to food safety issues and for mainly trying to calm food fears amongst Japanese consumers. Since the government does not provide sufficient information, other actors step in. While some organizations promote food products from the Tōhoku area in solidarity with local farmers, Citizen's Radioactivity Measurement Stations or food distribution networks offer radiation measuring to consumers and farmers. Some retailers and co-ops are even drawing up their own radiation safety standards. My paper introduces different actors which provide consumers with information on food safety and analyses power relations in the field of food safety in post-Fukushima Japan.

1. Einleitung

An einem Februartag des Jahres 2012 besuche ich die Stadt Nihonmatsu, die etwa 50 km vom havarierten Atomkraftwerk Fukushima Dai'ichi entfernt liegt. Es schneit und ich frage mich, wie viele radioaktive Partikel mit dem Schnee auf die Erde und auf meine Kleidung fallen.¹ Die Gewächshäuser des 70-jährigen Biobauern Ichirō Ikeda² sind eingeschneit. Darin zieht er neue Pflänzchen – Brokkoli, Salat, Kohl. Aber eigentlich, so meint er, kann er außerhalb der Präfektur weder den Reis noch das Gemüse, das er seit vierzig Jahren ohne Verwendung von Agrarpestiziden anbaut, verkaufen. Die Erde, die Luft, das Wasser, alles sei verseucht.

Zahlreiche Berichte über das Schicksal der Bauern in der Präfektur Fukushima wurden seit der Dreifach-Katastrophe am 11. März 2011 in der japanischen und in der internationalen Presse veröffentlicht. Die Solidarität mit den Bauern zeigt sich in den Ständen und Läden in Tōkyō, in denen explizit Produkte aus der Region verkauft werden, um die Bauern zu unterstützen. Verbraucherkooperativen bieten spezielle Lebensmittelsets mit Produkten aus Fukushima an und die japanische Regierung entsandte im April 2011 den damaligen Regierungssprecher Edano nach Fukushima, wo er öffentlich Obst und Gemüse aus der Region verzehrte, um deren Unbedenklichkeit zu demonstrieren (SPIEGEL 12.04.2011).

Aber wie sieht die Konsumentenperspektive aus? Bis heute wird immer wieder Radioaktivität in japanischen Lebensmitteln nachgewiesen – nicht immer bevor sie auf den Markt gelangen. Direkt nach dem Unfall im Atomkraftwerk Fukushima Dai'ichi wurden zunächst hohe Mengen radioaktiven Jods in Gemüse und Milch aus der Präfektur Fukushima und selbst im Trinkwasser in Tōkyō gemessen (FRID 2011). Da radioaktives Jod mit acht Tagen eine vergleichsweise kurze Halbwertszeit hat, häufen sich seit Mitte April 2011 vor allem Funde radioaktiven Cäsiums, die wegen der längeren Halbwertszeit von zwei bzw. dreißig Jahren von Cäsium 134 respektive Cäsium 137 seitdem andauern.

Seit der Festlegung von vorläufigen Grenzwerten für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln durch das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW) Ende März 2011 gelangten immer wieder Lebensmittel auf den japanischen Markt, welche diese Grenzwerte überschritten. Die geographische Dimension der radioaktiven Kontaminierung von Agrarprodukten wurde deutlich als auch radioaktiver Tee aus der immerhin 300 km von Fukushima Dai'ichi ent-

1. Auf der Internetseite eines Netzwerks zur Messung von Radioaktivität in der Luft erfahre ich am nächsten Tag, dass in Nihonmatsu an diesem Tag eine Strahlung von 580 Nanosievert pro Stunde gemessen wurde, normal seien ca. 50 Nanosievert. Vgl. <http://jcciv.iidj.net/map/> (26.02.2012).
2. Die Namen der Interviewpartner sind Pseudonyme.

fernten Präfektur Shizuoka entdeckt wurde. Gleichzeitig offenbarte der Verkauf von verseuchtem Rindfleisch in ganz Japan im Juli 2011 japanischen Konsumenten die Komplexität des Zusammenhangs von Nahrungskette und Lebensmittelbranche, da die Rinder zwar nicht selbst aus der betroffenen Region stammten, aber mit radioaktiv kontaminiertem Heu aus der Nähe des Atomkraftwerks gefüttert worden waren (APJF 2011: 3). Um die weitere Verbreitung verseuchter Lebensmittel auf dem japanischen Markt zu unterbinden, verhängte die japanische Regierung im August 2011 Lieferstopps für zahlreiche Agrarprodukte. Diese wurden aber bis Ende 2011 teilweise wieder aufgehoben (YS 01.11.2011). Dennoch rissen die Meldungen über radioaktiv verseuchte Nahrungsmittel bis zum Frühjahr 2012 nicht ab. So wurden im März 2012 Sandaale an der Küste der Präfektur Fukushima gefangen, die über 14.000 Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) radioaktives Cäsium³ enthielten. Auch in Süßwasserfischen aus Flüssen der Präfektur Fukushima wurden ähnlich hohe Werte gemessen (MS 29.03.2012).

Im Februar 2012 fand ich in Supermärkten von Kyūshū (vereinzelt) bis Tōhoku (häufig) Gemüse aus der Präfektur Fukushima. Dem MHLW und dem Ministerium für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft (MAFF) zufolge gelangen aber nur noch solche Lebensmittel in die Supermarktregale, welche die offiziellen Grenzwerte nicht überschreiten. Die Informationen über Grenzwerte, Messungen, Lieferverbote und über die Auswirkungen radioaktiver Substanzen in Lebensmitteln auf die Gesundheit, welche die japanische Regierung nach dem 11. März verbreitete, werden von Verbraucherschutzorganisationen innerhalb und außerhalb Japans als unzureichend kritisiert (FOODWATCH 2011; CUJ 2011).

Viele Konsumenten in Japan sind verunsichert und versuchen, sich über die von verstrahlten Lebensmitteln ausgehenden Gefahren zu informieren. Die zentrale Frage dieses Aufsatzes lautet daher: Welche Informationen stellen die japanische Regierung, Lebensmittelproduzenten, Händler und Verbraucher(schutz)gruppen japanischen Konsumenten zur Verfügung, um sie über Radioaktivität in Lebensmitteln zu informieren? Die Untersuchung der Risikokommunikation dieser Akteure soll Einblick in die »Herrschaftsverhältnisse der Risikoin szenierung« (BECK 2007: 5) geben und Aussagen darüber ermöglichen, wer die umkämpfte Definitivität darüber hat, was »sichere Lebensmittel« nach dem 11. März 2011 sind.

Natürlich informieren sich japanische Konsumenten auch in sozialen Netzwerken, Blogs und in der Ratgeberliteratur. Im Gegensatz zu vielen Verfassern von Blogbeiträgen und Ratgeberliteratur sind die hier zu untersuchenden Akteure jedoch etabliert, klar identifizierbar und – wenn auch in unterschiedlicher Quali-

3. Die damaligen Grenzwerte lagen bei 500 Bq/kg.

tät und Quantität – organisiert und untereinander vernetzt. Der Aufsatz basiert auf den Ergebnissen einer Befragung japanischer Konsumenten per E-Mail (Juli bis September 2011) und qualitativer Interviews mit Vertretern von Verbraucherschutzverbänden, Bauern, Vertretern der Lebensmittelindustrie und Verbraucherkooperativen (Februar 2012) sowie auf der Analyse von Informationen staatlicher Behörden und von Medienbeiträgen zum Thema Lebensmittelsicherheit.

2. Lebensmittelsicherheit, Risiken und Kommunikation

In der sozialwissenschaftlichen Forschung über Lebensmittelsicherheit und Risiken im Lebensmittelbereich wird davon ausgegangen, dass Lebensmittelsicherheit und Risiken konstruiert und das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse sind (BUSCH 2004; NESTLE 2003). NESTLE (2003: 1) weist darauf hin, dass es bei Diskussionen um Lebensmittelsicherheit um weit mehr geht als nur darum, sich die Hände zu waschen und Essen bei höheren Temperaturen zu kochen. Betroffen sind die Interessen mächtiger Lebensmittelkonzerne und Agrarlobbyisten, deren oberstes Ziel die Gewinnmaximierung ist. Besonders problematisch sei die Komplexität der Lebensmittelbranche. Jedes Unternehmen, das mit einem Lebensmittel vom Saatgut bis zum fertig verpackten Produkt im Supermarkt zu tun hat, bemühe sich, die Verantwortung auf einen anderen Akteur innerhalb der Produktions- und Distributionskette bis hin zum Verbraucher abzuwälzen.

Jeder dieser Akteure trifft aber auch eigene Entscheidungen darüber, wie mit Risiken umzugehen und wie diese den Verbrauchern zu kommunizieren sind. Risiko-Kommunikation umfasst laut FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005) das Erklären von und die Beratung zu Risiken, die sich an verschiedene Akteure richtet. Im Lebensmittelbereich gehören dazu häufig die Kennzeichnung von Produkten und die Informationsverbreitung via Massenmedien. Ein wichtiger Bestandteil des Risikomanagements ist die Bewertung und Gewichtung der prognostizierten Auswirkungen von Risiken durch die Entscheidungsträger. Diese Einschätzung von Bedeutung und Relevanz der Risiken variiert je nach Akteursgruppe und auch innerhalb dieser Gruppen. Die Bewertung der Wichtigkeit wird oft auf »wissenschaftlicher« Basis getroffen. Wissenschaft und der Prozess der Gewichtung werden aber von FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005) als subjektiv und nicht als unhintergebar und objektiv verstanden.

Problematisch ist, dass Risiko-Management häufig auf der Basis von Hypothesen darüber, was passieren könnte, operieren muss, da gerade im Bereich von

Lebensmittelrisiken selten ausreichende Daten existieren, die Auswirkungen und Ausmaß von Risiken belegen könnten. Risiko-Kommunikation erfordert nach FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005: 879) die wissenschaftliche Beurteilung von Risiken für alle involvierten Akteure, die Durchführung von Gegenmaßnahmen sowie eine Kommunikation, die allen Akteuren das Verständnis der Risiken und entsprechende Entscheidungen ermöglicht. Laut BECK (2007: 61) heben aber Großgefahren wie Atomkraft die Berechenbarkeit von Risiken auf, da mit ihnen nicht-eingrenzbar, globale und oft irreparable Schädigungen verbunden seien. Besonders problematisch sei, dass z.B. ein Atomunfall »raum-zeitlich unbegrenzt« sei und »zu einem Ereignis mit Anfang und ohne Ende, zu einem ›open-end-festival‹ der schleichenden, galoppierenden und sich überlagernden Zerstörungen« (BECK 2007: 62) werde. Daher erwiesen sich »Normalitätsstandards, Messverfahren und damit die Kalkulationsgrundlagen für Gefahren [...] als unanwendbar« (BECK 2007: 62).

3. Lebensmittelsicherheit in Japan vor Fukushima

Um die spezifischen Reaktionen und Informationspolitiken verschiedener Akteure nach der Atomkatastrophe einordnen zu können, gebe ich zunächst einen kurzen Überblick über die bisherigen Agenden von Verbrauchern, Produzenten und der japanischen Regierung. Waren bis in die 1960er Jahre hinein Fragen nach einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln (*food security*) wichtiger als die Sicherheit der Lebensmittel (*food safety*), wandelte sich der Fokus der Verbraucher in den 1960er Jahren (JUSSAUME 2001). Besonders Mütter hinterfragten die exzessive Verwendung von Agrarpestiziden in der japanischen Landwirtschaft. Verbraucherkooperativen sowie zahlreiche lokale Verbrauchergruppen wurden in den 1960er und 1970er Jahren gegründet, um ihre Mitglieder mit »sicheren« Lebensmitteln zu versorgen. Mit »Sicherheit« war damals hauptsächlich der Verzicht auf Agrarpestizide gemeint. Die Kooperativen schlossen Verträge mit solchen Produzenten ab, die bereit waren, diese Anforderungen zu erfüllen.

In den 1990er Jahren gerieten genetisch veränderte Pflanzen in den Fokus von Konsumenten und Verbraucherschützern. JUSSAUME (2000: 211) zufolge zeugt besonders der stark wachsende Sektor der ökologischen Landwirtschaft von einem großen Bewusstsein für Fragen von Lebensmittelsicherheit unter den japanischen Konsumenten. Aber auch heute kämpfen Verbraucherschutzgruppen wie Nihon Shōhisha Renmei (CUJ, Consumers Union of Japan) oder Organisationen des

Seikyō-Netzwerkes gegen Zusatz- und Farbstoffe oder Geschmacksverstärker in Lebensmitteln und gegen Etikettenschwindel.

Das Vertrauen der Konsumenten wird immer wieder durch Lebensmittel-skandale erschüttert (KAWAGISHI 2008). Häufig geht es bei diesen Skandalen um Etikettenschwindel. Dazu gehören falsche Herkunftsangaben ebenso wie die Verfälschung von Haltbarkeits- und Verbrauchsdatum und Inhaltsstoffen. Prominent war der *gyōza*-Vorfall im Jahr 2008. Ein japanischer Lebensmittelhändler hatte in China produzierte Tiefkühl-Teigtaschen, die Rückstände von Agrarpestiziden enthielten, an Supermärkte in Japan geliefert. Zahlreiche Verbraucher erlitten danach Lebensmittelvergiftungen. Die japanischen Medien propagierten daraufhin exzessiv die Gefährlichkeit chinesischer Lebensmittel und die Rückbesinnung auf in Japan produzierte Lebensmittel (KAWAGISHI 2008: 16). Diese Panikmache ist problematisch, weil Japans Selbstversorgungsrate auf Kalorienbasis im Jahr 2010 bei 40 Prozent lag (STATISTICS BUREAU 2012) und Japan auf Lebensmittelimporte angewiesen ist – die 2009 zu 13 % aus China kamen (JETRO 2010). Überdies verschleiert diese Rhetorik auch die Verantwortung der involvierten japanischen Lebensmittelunternehmen und versucht von den zahlreichen, durch einheimische Lebensmittelhersteller verursachte Lebensmittelskandale innerhalb Japans abzulenken (KAWAGISHI 2008).

TAKEDA (2008) stellt einen starken Nationalismus in Diskursen über Ernährung und Lebensmitteln in Japan fest. Dieser Nationalismus entsteht nicht zuletzt aus der engen Verknüpfung von Lebensmittelsicherheit, Handelspolitik und japanischer Esskultur (REIHER 2009, OHNUKI-THIERNEY 1995). Die niedrige japanische Selbstversorgungsrate ist ein Politikum, das nicht nur durch die langjährigen engen Verflechtungen des Verbands der Landwirtschaftlichen Kooperativen (Nōgyō Kyōdō Kumiai, kurz: Nōkyō), Ministerium für Agrarindustrie, Forstwirtschaft und Fischerei (MAFF) und der LDP problematisiert (MULGAN 2005), sondern auch von Verbraucherschützern thematisiert wird. Auf staatlicher Seite hat das zu verschiedenen Versuchen geführt, den Konsum einheimischer Produkte zu stärken. Gesetze wie das Basic Law on Food Education (*shokuiku kihonhō*) von 2005 und das Basic Law on Food Safety (*shokuhin anzen kihonhō*) von 2003 implizieren, dass einheimische Agrarprodukte sicherer als importierte Lebensmittel seien. Entsprechend wird z.B. der Direktverkauf lokal angebauter Produkte (*chisan chishō*) auf lokaler Ebene gefördert, um die japanische Landwirtschaft zu unterstützen und damit die Selbstversorgungsrate zu erhöhen (HIRATA-KIMURA und NISHIYAMA 2007).

4. Die Konsumentenperspektive

Laut der von Oktober bis November 2011 durchgeführten staatlichen Umfrage zum Lebensstil der japanischen Bevölkerung ist es auch nach dem Erdbeben im März 2011 nur für 28 % der Befragten wichtig, auf die Sicherheit von Lebensmittel zu achten (NAIKAKUFU 2011).⁴ Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz haben nach dem Erdbeben also für viele Japaner nicht die höchste Priorität. Eine eigene qualitative Emailbefragung von 64 Konsumenten aus den Regionen Kyūshū, Kantō und Kansai⁵ ergab, dass sich das Verhalten beim Lebensmittelkauf nach der Atomkatastrophe bei knapp der Hälfte der Befragten gar nicht und bei 14 % nur geringfügig verändert hat; 35 % der Befragten gaben jedoch an, dass sich ihr Einkaufsverhalten grundlegend gewandelt habe.

90 % derjenigen Befragten, die ihre Konsumgewohnheiten seit dem 11. März 2011 verändert haben, achten mehr auf die Herkunft der Lebensmittel, die sie kaufen. Sie wollen keine Lebensmittel aus der Tōhoku-Region kaufen, erwähnen aber auch, dass sie deswegen ein schlechtes Gewissen haben wie diese 30-jährige Frau aus Kagawa:

Ich habe bisher sehr gern Gemüse und Reis aus Tōhoku gekauft, aber seit dem Atomunfall meide ich Produkte aus Tōhoku. Weil die Gefahr der radioaktiven Verstrahlung besteht und ich davor Angst habe, kann ich sie nicht mehr kaufen. Wenn es nur um die Folgen von Erdbeben und Tsunami ginge, würde ich wirklich gern Produkte aus Fukushima kaufen, um den Wiederaufbau zu unterstützen, aber weil ich an die Möglichkeit der Verstrahlung denke, kann ich sie einfach nicht kaufen, auch wenn mir das sehr leid tut.

Eine Frau aus Ōsaka in den Fünfzigern gab an, seit dem 11. März nur noch Konserven zu kaufen, weil sie sichergehen möchte, dass Gemüse und Fisch vor dem

4. Mehrfachantworten waren möglich. Antwortmöglichkeiten waren z.B. Strom sparen, die Familie, die Liebe zum Heimatort etc.
5. Die Befragung wurde zwischen Juli und Oktober 2011 durchgeführt. Es nahmen 24 Personen aus Kyūshū, 18 Personen aus Kansai, 17 Personen aus Kantō und fünf Personen aus anderen Regionen Japans teil. Während die Altersgruppen zwischen 20 und 80 Jahren relativ gleichmäßig vertreten sind, waren 80 % der Teilnehmer weiblich. Damit ist die Umfrage keineswegs repräsentativ, gibt aber Hinweise auf Themen, die im Bereich Lebensmittelsicherheit nach Fukushima relevant sein könnten. Aus den Ergebnissen der Umfrage entwickelte ich den Interviewleitfaden für 26 qualitative Interviews, die ich im Februar 2012 mit Verbraucherschützern, Lebensmittelproduzenten, Händlern und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung führte.

11. März geerntet bzw. gefangen wurden. Ein Mann aus Ōsaka (40–50 Jahre), antwortete:

Ich habe aufgehört, Rindfleisch und Milch zu kaufen. Ich kaufe auch kein Blattgemüse mehr, das von weiter östlich als aus der Präfektur Aichi kommt. Ich kaufe nur noch Fische aus Küstengewässern in der Nähe, aber weil oft unklar ist, wo die Fanggründe sind, habe ich mir vorgenommen, ab nächstem Monat auf verschiedene Fischarten zu verzichten.

Auf die Frage, welche Sorgen und Ängste sie mit dem AKW-Unglück in Fukushima im Zusammenhang mit Lebensmitteln verbinden würden, antworteten nur sechs der 64 Befragten, dass sie sich keinerlei Sorgen machten, weil sie sich weit genug von Fukushima entfernt wähnten, da sie in Kansai (1) und Kyūshū (5) leben. Aus den Antworten geht hervor, dass sich die Befragten nicht ausreichend über die Auswirkungen von Radioaktivität auf die menschliche Gesundheit und darüber informiert fühlen, ob und welche Lebensmittel mit wieviel Radioaktivität belastet sind, dass sie den Informationen der Regierung nicht trauen und sich vor allem um die Zukunft der Kinder sorgen.

Entsprechend wünschen sich die Befragten »wahrheitsgemäße Informationen« und eine Kennzeichnung von Lebensmitteln, die darüber informiert, ob und mit welchem Ergebnis das Produkt auf Radioaktivität kontrolliert wurde. Ein Mann (62) aus Tōkyō wünscht sich:

[...] Informationen, die auf der Grundlage von Daten ein Urteil darüber erlauben, welche Mengen radioaktiver Substanzen welche Auswirkungen auf meinen Körper haben. Außerdem möchte ich genau wissen, welche Anbauggebiete wie stark kontaminiert sind, ebenso wie das Kontrollsystem der Lebensmittel, die auf dem Markt zirkulieren, funktioniert und ich möchte, dass die Messergebnisse veröffentlicht werden. Weil wir über radioaktive Verseuchung gar nichts wissen, ist es das Wichtigste, die Bevölkerung leicht verständlich darüber zu informieren. Darüber hinaus sollen schnellstmöglich verlässliche Daten veröffentlicht werden.

Insgesamt geht aus der Umfrage ein tiefes Misstrauen gegenüber und Unzufriedenheit mit den Informationen hervor, welche die japanische Regierung und die Produzenten verbreiten. Während sich die meisten Forderungen nach zuverlässigen Informationen an die japanische Regierung richten, werden auch die Lebensmittelproduzenten aufgefordert, mehr zur Aufklärung der Konsumenten beizutragen.

5. Akteure, die Informationen über Lebensmittel verbreiten (nach dem 11. März 2011)

5.1 Staatliche Akteure

Für die Bewertung von Risiken für die Sicherheit von Lebensmitteln ist die Food Safety Commission (Shokuhin Anzen I'inkai, kurz: FSC) zuständig, die sich als unabhängiges Organ versteht, aber dennoch eng mit dem MHLW zusammenarbeitet. Die Aufgaben der FSC bestehen: (1) in der Einschätzung von Risiken, deren Bewertung und dem Aussprechen von Empfehlungen an die relevanten Ministerien, (2) in der Risiko-Kommunikation mit Konsumenten und Agrofood-Unternehmen und (3) auf Lebensmittelskandale und Notfälle zu reagieren (FSC 2012). Die gesetzlichen Grundlagen liefern drei Gesetze: der Food Sanitation Act (*shokuhin eiseihō*) von 1947, das Law Concerning Standardization and Proper Labeling of Agricultural and Forestry Products (JAS Law) von 1950 und das Basic Law on Food Safety (*shokuhin anzen kihonhō*) von 2003.

Die japanische Regierung wurde heftig für ihr Krisenmanagement nach der Atomkatastrophe in Fukushima kritisiert. Ein Vorwurf lautete, dass Lebensmittel aus Fukushima sofort nach der Explosion des Kernkraftwerks hätten vom Markt genommen werden müssen, um eine Verbreitung radioaktiven Jods zu verhindern (FOODWATCH 2011). Erst mit der Festlegung der vorläufigen Grenzwerte mehr als zwei Wochen nach der Atomkatastrophe hätte überhaupt eine Aufklärung über radioaktiv kontaminierte Lebensmittel begonnen. Gleichzeitig hätten sich Regierungsvertreter vor allem bemüht zu beteuern, dass die Aufnahme radioaktiver Strahlung durch die Nahrung keine sofortigen Auswirkungen auf die Gesundheit habe, solange kontaminierte Nahrung nicht jeden Tag gegessen werde. Dem widersprechen jedoch zahlreiche Wissenschaftler, die die Regierung für ihre Nachlässigkeit bei der Einführung eines effizienten Systems von Radioaktivitätsmessungen und der Durchsetzung von Auslieferungsverboten kritisieren (APJF 2011: 2).

5.1.1 Grenzwerte

In Japan existierten vor dem 11. März 2011 keine Grenzwerte für die Belastung von Lebensmitteln mit radioaktiven Substanzen. Daher erarbeitete die FSC bis zum 17. März 2011 Grenzwerte, die am 29. März 2011 vom Parlament verabschiedet wurden. Lebensmittel, welche diese Grenzwerte überschritten, durften nicht mehr verkauft werden. Die vorläufigen Grenzwerte wurden zunächst wegen ihrer Dringlichkeit

von der FSC ohne eine ausreichende Prüfung bereits existierender Forschung zu den Auswirkungen radioaktiver Lebensmittel auf die menschliche Gesundheit festgelegt (FRID 2011: 2). Der Strahlenphysiker NOGUCHI⁶ (2011: 25–26) hält die Grenzwerte prinzipiell für angemessen. Obwohl die vorläufigen Grenzwerte am 17. März sehr schnell beschlossen worden seien, so NOGUCHI, basierten sie doch auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage. Unabhängig von dem Atomunfall in Fukushima habe die Kommission für nukleare Sicherheit (Genshiryoku Anzen I'inkai) schon viel früher auf der Basis von Daten der International Commission on Radiological Protection (ICRP) einen Index für die Beschränkung der Aufnahme von Lebensmitteln und Getränken für den Notfall ausgearbeitet.

TABELLE 1: Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln für Cäsium in bq/kg

	Trinkwasser	Milch	Alle anderen Lebensmittel	Babynahrung
Vorläufige Grenzwerte Japan 29.03.2011–31.03.2012 (MHLW 2012)	200	200	500	200
Neue Grenzwerte Japan ab 01.04.2012 (MHLW 2012)	10	50	100	50
EU-Grenzwerte für Importe aus Japan (Foodwatch 2011)	200	200	500	200
EU Schubadenverordnung*	1000	1000	1250	400
FAO Codex seit 2006 (FAO 2012)	1000	1000	1000	1000

In der »Schubladenverordnung« VO 3954/87, geändert durch die VO 2218/89, wurden nach Tschernobyl Grenzwerte für den nuklearen Katastrophenfall festgelegt. Diese sind nur im Fall eines atomaren Notfalls gültig. Die weniger strengen Grenzwerte sollen im Notfall verhindern, dass nicht mehr genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Quelle: FOODWATCH (2011: 6).

In einem Gutachten von Foodwatch Deutschland zu den Grenzwerten für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln werden jedoch viel niedrigere Grenzwerte für Cäsium in allen Lebensmitteln gefordert. Sie sollten für Erwachsene 8 bq/kg und für Kinder 4 bq/kg nicht überschreiten dürfen (FOODWATCH 2011: 34). Die Autoren des Gutachtens verweisen überdies auf den problematischen Umgang internationaler Gremien mit den Folgen von Atomkatastrophen. Sie kritisieren, dass das Komi-

6. NOGUCHI KUNIKAZU ist ein an der Nihon Daigaku tätiger Physiker und Strahlenexperte, der im Juli 2011 einen Ratgeber zum Umgang mit radioaktiv kontaminierten Lebensmitteln publizierte (NOGUCHI 2011), der zu einem Bestseller geworden ist. Er hatte zuvor bereits zahlreiche Sachbücher zum Thema Radioaktivität veröffentlicht und in der Region um Tschernobyl über radioaktiv verseuchte Lebensmittel geforscht. Auf der Liste der *goyōgakusha* fehlt er, unterstützt aber größtenteils die Behauptung der Regierung, dass die Lebensmittel, die auf den japanischen Markt gelangen, gesundheitlich unbedenklich seien und rät vor allem, Lebensmittel vor dem Verzehr gut zu waschen, zu kochen und zu braten.

tee der Vereinten Nationen für die Wirkung Atomarer Strahlen (UNSCEAR) oder die IAEA die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl bewusst herunterspielten. Laut PFLUGBEIL (2012: 6) zeigt das die Ignoranz der UN-Gremien gegenüber zahlreichen wissenschaftlichen Studien, welche das Gegenteil bewiesen.

Aber auch japanische Verbraucherschutzgruppen wie CUJ und der Lebensmittellieferant Daichi o Mamorukai (DMK) kritisierten die Grenzwerte als zu hoch (CUJ 2011, DMK 2012b). Auch auf deren Druck hin, so ist sich ein Vertreter von CUJ (Interview Yasushi Yamaura 2012⁷) sicher, legte die japanische Regierung am 22. Dezember 2011 auf der Basis einer umfassenden Analyse bestehender wissenschaftlicher Arbeiten durch die FSC (2011b) neue Grenzwerte fest (siehe Tabelle 1). Die neuen Grenzwerte wurden auf der Basis der Codex-Bestimmungen der FAO errechnet, denen zufolge die maximale Dosis der durch Nahrung aufgenommenen radioaktiven Strahlung bei einem Millisievert pro Jahr liege. Zwar seien die Codex-Grenzwerte mit 1000 bq/kg doppelt so hoch wie die des MHLW, aber der Anteil radioaktiv kontaminierter Lebensmittel und damit die durchschnittliche Verzehrmenge liege in Japan erheblich höher als die theoretisch angenommene Menge, die den Codex-Grenzwerten zugrunde liege. Die neuen Grenzwerte seien unter dem Gesichtspunkt festgelegt worden, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten (KOBAYASHI 2011).

Am 1. April 2012 traten die neuen Grenzwerte für Cäsium in Kraft (MHLW 2012). Allerdings gelten die strengeren Grenzwerte für Reis und Rindfleisch erst ab Oktober 2012, um »Verwirrung bei den Verbrauchern zu vermeiden« (*THE MAINICHI* 24.02.2012). Während Verbraucherschutzgruppen wie Foodwatch oder CUJ bemängeln, dass die neuen Grenzwerte immer noch zu hoch seien, beklagen Nōkyō und einige Kommunen, dass sie im internationalen Vergleich viel zu niedrig ausfielen. Das habe verheerende Folgen für die Bauern aus Fukushima und Umgebung, die nun gar nichts mehr verkaufen könnten (NAKAMURA und KOIZUMI 2011: 1). Die neuen Grenzwerte hatten bereits vor ihrem Inkrafttreten praktische Auswirkungen. So forderten z.B. Eltern direkt nach Bekanntwerden der niedrigeren Grenzwerte im Dezember 2011, dass in der Schulspeisung keine Zutaten mehr verwendet werden dürften, welche die neuen und noch nicht gültigen Grenzwerte überschreiten (AOKI 2012).

7. Während die im Folgenden verwendeten Namen meiner Interviewpartner Pseudonyme sind, wurde der Name dieses Interviewpartners auf dessen Wunsch hin nicht anonymisiert.

5.1.2 Messungen

Nach Artikel 29 des Food Sanitation Act sind Staat und Gebietskörperschaften für Lebensmittelkontrollen zuständig. Die Präfekturen waren jedoch noch im August 2011 damit beschäftigt, überhaupt erst einmal ein System für Messungen von Agrarprodukten einzurichten (TDY 21.08.2011). Die Kommunen verfügen nicht über genügend Präzisionsgeräte zur Messung von Radioaktivität in Lebensmitteln. Sie erhielten bisher keine finanzielle Unterstützung für die Anschaffung besserer Geräte. Einige Gemeinden greifen daher auf Leasing-Angebote zurück (NAKAMURA und KOIZUMI 2011). Die fehlende staatliche Unterstützung stellt bei der ohnehin prekären Haushaltslage vieler japanischer Kommunen (HÜSTEBECK 2009: 34) ein ernstes Problem dar. Eigentlich sieht Artikel 3 des Food Sanitation Act vor, dass der Staat den Gebietskörperschaften technische und finanzielle Unterstützung gewährleisten muss, damit sie ihren Pflichten zur Kontrolle von Lebensmitteln auch nachkommen können. Bisher ist das aber nur in sehr geringem Maße erfolgt (NAKAMURA und KOIZUMI 2011).

Druck auf die Gebietskörperschaften üben auch Eltern aus, die verlangen, dass die für die Schulspeisung verwendeten Zutaten gemessen werden. Im Tōkyōer Stadtteil Setagaya-ku erreichten Eltern, dass Messgeräte angeschafft wurden und das Ministerium für Erziehung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie (MEXT) stellte im März 2012 erste Finanzmittel für 17 Präfekturen in Tōhoku und Kantō zur Verfügung, um Messgeräte zu kaufen (AOKI 2012). Auch der Physiker NOGUCHI (2011: 20) weist darauf hin, dass die Zahl der Einrichtungen, die über präzise Messgeräte verfügen, begrenzt ist. Daher können diese Messstationen auch bei voller Auslastung nicht alle Lebensmittel messen. Darüber hinaus garantieren Stichproben auch nicht, dass alle Lebensmittel tatsächlich »sicher« sind.

Viele Konsumenten sind unzufrieden mit den Messungen, weil sie lediglich – wenn überhaupt – erfahren, ob die radioaktive Belastung die Grenzwerte überschreitet, aber nicht, wie hoch die radioaktive Belastung der Lebensmittel tatsächlich ist (AOKI 2012). Eine Kennzeichnungspflicht gibt es nicht. Da die Messungen durch Kommunen, Präfekturen und staatliche Organisationen nicht ausreichen, ergreifen Produzenten, Konsumenten und Händler selbst die Initiative (FACKLER 2012). So sind zahlreiche Bürgermessstationen (Shimin Hōshanō Sokuteisho, kurz: CRMS) in der Präfektur Fukushima und in und um Tōkyō entstanden, die Bauern und Konsumenten gegen eine Gebühr von 3000 Yen anbieten, Lebensmittel zu untersuchen und die Ergebnisse im Internet zu publizieren (CRMS 2012). Auch bei der Etablierung der Bürgermessstationen spielen vor allem Eltern als Initiatoren und Unterstützer eine wichtige Rolle (AOKI 2012).

Nicht nur die Durchführung von Messungen scheint schwierig, auch die Durchsetzung von Auslieferungsverboten ist problematisch. *THE DAILY YOMIURI* berichtete im August 2011 von Bauern aus der Präfektur Miyagi, die entgegen eines Verbots der Präfekturverwaltung Reis nach Tōkyō verkauften. Eigene Messungen hatten ergeben, dass der Reis sicher sei. Ein Vertreter des MAFF kritisierte diesen Vorgang aber nicht deswegen, weil die Gesundheit der Verbraucher gefährdet würde, sondern weil die Konsumenten denken könnten, das Kontrollsystem der Präfekturen sei nicht effektiv (TDY 21.08.2011, FACKLER 21.01.2012).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass durch die Senkung der 2011 durch die japanische Regierung festgelegten Grenzwerte auch das Vertrauen der Konsumenten in deren Zuverlässigkeit gesunken ist. Hinzu kommen die Probleme von Staat und Gebietskörperschaften bei der Einführung eines flächendeckenden und transparenten Kontrollsystems für Radioaktivität in Lebensmitteln. Daher haben Lebensmittelhändler, -produzenten und Bürgergruppen eine Vielzahl alternativer Standards und Messinstanzen etabliert. Dies hat nicht nur die Unübersichtlichkeit und Verunsicherung auf Seiten der Konsumenten erhöht, sondern stellt auch die Autorität des japanischen Staates bei der Definition von Lebensmittelsicherheit in Frage. Entsprechend forderte das MAFF die Lebensmittelbranche im April 2012 auf, abweichende eigene Grenzwerte aufzugeben und sich statt dessen an die Grenzwerte der Regierung zu halten (AS 21.04.2012).

5.2 Produzenten

Das MAFF (2011) beziffert die Schäden, die der Tsunami für die Land- und Fischereiwirtschaft verursachte, im Juli 2011 mit 2,115 Billionen Yen. Durch die radioaktive Verstrahlung zahlreicher Anbaugelände in und außerhalb der Präfektur Fukushima können viele Bauern ihre Agrarprodukte außerhalb der Präfektur nicht verkaufen. Dennoch haben sie keine oder nur eine geringe Entschädigung von der Regierung erhalten. TEPCO zahlte bisher nur an diejenigen Bauern, deren Land innerhalb der Sperrzone liegt (APJF 2011: 2).

Der Bio-Bauer Ichirō Ikeda aus Nihonmatsu in der Präfektur Fukushima bewertet die Situation für die Bauern der Region als katastrophal:

Meine Geschäftsbeziehungen zu Lebensmittelhändlern wurden fast vollständig beendet. Auch über 70 % der privaten Abnehmer haben sich von uns getrennt. Jetzt sind es nicht mehr die Gefahren, die von Agrarpestiziden oder Zusatzstoffen ausgehen, sondern die Gefahren, die von Radioaktivität ausgehen, welche die

Menschen verängstigen. Dagegen wirken Pestizide weniger gefährlich, denke ich. Aus der Perspektive eines Landwirts ist die Angst besonders groß, weil nicht klar ist, ob die eigene Erde und das Wasser radioaktive Substanzen enthalten. Die lokale Verwaltung und die Bauern hier sehen sehr pessimistisch in die Zukunft. Sie sind ratlos.

Dennoch will Herr Ikeda die Landwirtschaft nicht aufgeben. Er betreibt seit 40 Jahren Bio-Landbau und war einer der Pioniere in der Präfektur Fukushima. So wird aus der Landwirtschaft in Fukushima wieder eine Subsistenzwirtschaft. Die Landwirte, die bleiben, essen ihre Produkte selbst, berichtet Mihoko Tanaka, Mutter von drei Kindern, die aus Nihonmatsu zu ihrer Familie nach Kobe geflüchtet ist und Fukushima nur noch selten besucht:

Die alten Leute sagen, dass es für sie selbst schon in Ordnung ist. Aber besonders Leute mit kleinen Kindern, auch wenn sie der Meinung sind, dass es für sie selbst in Ordnung ist, sorgen sich natürlich wegen des Essens. Sie essen weiter, was sie selbst anbauen, aber ihren Kindern und Enkeln wollen sie es lieber nicht geben. [Mein Bekannter] Herr Kondo hat die Landwirtschaft aufgegeben, weil es unmöglich geworden ist [Landwirtschaft zu betreiben]. Egal ob er testet, bevor er verkauft: die Zahl der Kunden hat sich halbiert, weil »Hergestellt in Fukushima« auf den Produkten steht.

Deshalb halten viele Bauern aus der Region wie der oben erwähnte Herr Ikeda Messungen auch nicht für hilfreich, da ohnehin niemand ihre Produkte kaufen würde. Die Strategien zahlreicher Bauern und von Nōkyō sind eher darauf ausgerichtet, Konsumenten von der Ungefährlichkeit ihrer Produkte zu überzeugen und die Aufhebung von Verkaufsverboten zu erwirken (AS 27.09.2011). Auch das MAFF hält die Veröffentlichung zu vieler Details für schädlich – für die Bauern. Es gibt aber auch Bauern in der Präfektur Fukushima, welche die Angebote der Bürgermessstationen nutzen oder sich zusammenschließen, um gemeinsam zu testen. Die nötigen Geräte wurden zum Teil aus Spenden angeschafft (FACKLER 21.01.2012).

Während das JAS Law vorschreibt, die Herkunftspräfektur frischer Produkte wie Obst, Gemüse, Fleisch oder Fisch anzugeben, ist es für Konsumenten bei weiterverarbeiteten Produkten erheblich schwieriger, die Herkunft der Inhaltsstoffe in Erfahrung zu bringen. Zwar müssen die Inhaltsstoffe und die Adresse des Händlers aufgeführt werden, nicht aber die Anbaugebiete der Zutaten. Daher, so der Leiter der Abteilung für Lebensmittelsicherheit eines großen Unternehmens für Milchprodukte, sei schwer nachvollziehbar, ob die Zutaten radioaktiv kontaminiert sind.

Daher sei die Annahme vieler Konsumenten, sie seien sicher vor kontaminierten Lebensmitteln, weil sie weit weg von Fukushima leben, falsch (Interview Akio Maeda 2012):

Nehmen wir das Beispiel Meiji. Als in der Babynahrung Radioaktivität entdeckt wurde, war die Aufregung groß, obwohl die Werte unterhalb der Grenzwerte lagen. Das Ergebnis dieser Aufregung war, dass festgestellt wurde, dass dieses Produkt überall verkauft wurde: in Kyūshū und auch in Okinawa. In ganz Japan begannen sich die Menschen zu fragen, ob in den verarbeiteten Lebensmitteln Radioaktivität enthalten ist oder nicht. Diese Angst hat zugenommen, denke ich. Was Inhaltsstoffe und frische Lebensmittel wie z.B. Gemüse betrifft, ist die Sorge hier [in Tōkyō] größer als im Westen, aber was weiterverarbeitete Lebensmittel betrifft, da ist es in ganz Japan ähnlich.

Im Dezember geriet Milchpulver für Säuglinge der Firma Meiji in die Schlagzeilen, weil es Cäsium enthielt (AIHARA 2011). Meiji sei aber offensiv mit dem Vorfall umgegangen und habe die Kontrollen im Unternehmen verbessert, so ein Mitarbeiter der Abteilung für Lebensmittelkontrollen des Unternehmens (Interview Tatsuya Suzuki 2012).

Viele große Unternehmen der Lebensmittelbranche wie Ajinomoto und Morinaga führen wie Meiji eigene Radioaktivitätsmessungen ihrer Produkte durch, da, so ein Vertreter der Branche, »die Konsumenten sehr sensibel auf das Problem der radioaktiven Kontaminierung [von Lebensmitteln] reagieren« (Interview Akio Maeda 2012). Die Information, dass – und teilweise auch wie – gemessen wird, veröffentlichen die Unternehmen auf ihren Internetseiten, um die Konsumenten zu beruhigen. Allerdings hält Herr Maeda es für wünschenswert, dass der Staat die Kontrollen in Zukunft übernimmt, da sie sehr teuer seien:

Ich denke, dass es für uns als Produzenten der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie sehr schwer ist, alle Produkte selbst zu untersuchen. [...] Anstatt die Kontrollen in den Unternehmen durchzuführen, wäre es das Beste, ein übergeordnetes Kontrollsystem zu etablieren, das verhindert, dass radioaktiv kontaminierte Produkte auf den Markt gelangen. Wenn der Staat die Unternehmen dabei nicht unterstützt, wird das sehr schwierig [für die Betriebe].

Zwar können Konsumenten auf den Internetseiten der Unternehmen erfahren, dass sich die Lebensmittelfirmen an die staatlich verordneten Grenzwerte halten und wie gemessen wird, bei konkreten Anfragen, ob Lebensmittel »sicher« seien, müssten die Konzerne aber vorsichtig sein, so Herr Maeda:

Wir versuchen, alle Anfragen ehrlich zu beantworten. Trotzdem dürfen wir nicht alle Informationen veröffentlichen. Wenn wir zu viel veröffentlichen, müssen wir Überreaktionen befürchten, z.B. wie in dem Fall, als Tee auf den Markt kam, in dem 1,6 bq/kg gemessen wurden und es eine riesige Aufregung gab. [...] Obwohl wir uns mit ganzer Kraft bemühen, Lebensmittel herzustellen, die unterhalb der derzeitigen Grenzwerte liegen, können die Unternehmen nicht die Frage beantworten, wie sicher diese Produkte sind, auch wenn sich die Konsumenten an uns wenden. [...] Wenn man den Fehler begeht zu antworten, gerät man in den Fokus [der Medien] und bekommt Schwierigkeiten.

Die Interviewausschnitte zeigen, dass die Konsumenten auch von der Lebensmittelindustrie keine umfassende Transparenz erwarten können und sich die Unternehmen durch staatliche Vorgaben vor allem eingeschränkt fühlen. Die hier anklingende Medienschelte für das Verbreiten von Gerüchten, welche die Konsumenten verunsichern und den Lebensmittelproduzenten schaden (*fūhyō higai*), wird von MAFF, Nōkyō und den Lebensmittelunternehmen gleichermaßen betrieben.

5.3 Verbraucherkooperativen

Das Misstrauen vieler Konsumenten hat auch zahlreiche Supermärkte und Verbraucherkooperativen veranlasst, Messgeräte anzuschaffen und regelmäßig Produkte zu testen (AOKI 2012). Obwohl die Mehrheit der japanischen Konsumenten einen Großteil ihrer Lebensmittel im Supermarkt kauft, liegt der Fokus meiner Betrachtung auf Verbraucherkooperativen und Lebensmittelversandunternehmen. Diese sind deshalb besonders interessant, weil das Thema Lebensmittelsicherheit seit Gründung der Gruppen in den späten 1960er und 1970er Jahren eine sehr wichtige Rolle spielt und die Beziehungen zu den Produzenten sehr eng sind. Entsprechend sind die Kunden von Seikyō, Seikatsu Kurabu, zahlreichen lokalen Kooperativen und des Lebensmittellieferservices DMK häufig besonders bewusste Konsumenten.

Da die lokalen Gruppen von Seikyō und Seikatsu Kurabu individuell festlegen, ob sie vor allem regionale Produkte verkaufen oder mit Produzenten in ganz Japan zusammenarbeiten, ist die Betroffenheit der Kooperativen durch die Atomkatastrophe sehr unterschiedlich ausgeprägt. Eine Ortsgruppe des Seikatsu Kurabu, Esukōpu Ōsaka, z.B. bietet seit vielen Jahren vor allem Produkte aus Westjapan an

(Interview Esukōpu Ōsaka⁸ 2012) und kann daher anders mit der Problematik radioaktiv verstrahlter Lebensmittel umgehen als DMK, eine NPO, die mittlerweile als Aktiengesellschaft organisiert ist und im großen Stil Lebensmittel, Holzprodukte, Geschirr und Kosmetik aus ganz Japan (und teilweise auch aus dem Ausland) vor allem in den Großraum Tōkyō liefert (Interview Kaori Nakamura 2012).

DMK wurde 1975 gegründet, um organisch angebaute Produkte zu verkaufen. Ein großer Teil der Vertragsbauern ist in der Tōhoku Region angesiedelt. Nach dem Erdbeben befindet sich DMK deshalb in einem moralischen Dilemma (OTAKE 26.06.2011), da das Unternehmen die Produzenten aus Tōhoku unterstützen, aber gleichzeitig Lebensmittel ohne radioaktive Stoffe für die gesundheitsbewussten Konsumenten in Tōkyō bereitstellen möchte. So ist die paradoxe Situation entstanden, dass DMK auf der Internetseite ein Gemüseset für Kinder anbietet, welches explizit keine Produkte aus Tōhoku enthält, und im Papierkatalog aus der letzten Februarwoche 2012 unter dem Titel »Tōhoku Kantō fukkō ōen« [Unterstützung des Wiederaufbaus in Tōhoku und Kantō] Sake und Reis aus Fukushima anbietet (DMK 2012a: 30). Messwerte werden meist nicht angegeben. Einer Fußnote ist immerhin zu entnehmen, dass der Sake aus Fukushima getestet wurde und maximal 1 bq/kg radioaktiven Cäsiums und Jod enthält. Als DMK direkt nach dem Erdbeben mit dem Verkauf dieser Unterstützer-Sets begann, wurde das Unternehmen dafür besonders von Müttern mit kleinen Kindern stark kritisiert. Um diese Kunden nicht zu verlieren, wurden die Kindersets eingeführt und Grenzwerte⁹ etabliert, die weit unter den alten und neuen offiziellen Grenzwerten liegen (DMK 2012b).

Seikatsu Kurabu hingegen hat sich den staatlichen Grenzwerten angeschlossen – trotz zahlreicher Proteste der Mitglieder. Der Grund dafür ist, dass sich die Organisation nicht in der Lage sieht, die zahlreichen Produzenten dafür zu kompensieren, dass ihre Produkte nicht mehr gekauft werden können, wenn sie niedrigere Grenzwerte überschreiten (OTAKE 26.06.2011). Auch Seikatsu Kurabu argumentiert mit der Solidarität mit den Produzenten, die aber unweigerlich auf Kosten der Konsumenten erfolgt und somit die jahrelang funktionierende Balance im Seikatsu Kurabu zu kippen droht.

8. Das Interview wurde in Form einer Gruppendiskussion mit vier Mitgliedern von Esukōpu Ōsaka durchgeführt.
9. Die Grenzwerte liegen für Trinkwasser bei 6, für Milch und Getränken bei 10, für Babynahrung bei 6, für Reis und Brot bei 10, für Fleisch bei 20, für Algen und Pilzen bei 100 und für Fisch und alle anderen Lebensmittel bei 50 bq/kg für Cäsium 134 und 137.

5.4 Verbraucherschützer und Konsumentengruppen

NOTTAGE (2011: 36) zufolge hat sich nicht nur die gesetzliche Grundlage des Verbraucherschutzes in Japan seit den 1990er Jahren verbessert, Konsumenten seien heute gebildeter, selbstbewusster und besser vernetzt, was einen Anstieg von Lobbyarbeit und Einfluss auf die Arbeit von Behörden und Regierung bewirkt habe. Die Verbraucherschutzgruppe CUJ (Consumers Union of Japan) existiert wie die Verbraucherkooperativen seit Ende der 1960er Jahre. Die Gruppe beschäftigt sich mit verschiedensten Aspekten der Verbraucherrechte und betreibt eine aktive Lobbyarbeit. Sie versteht sich als außerparlamentarisch und überparteilich. Die Gruppe finanziert sich über Mitgliedsbeiträge seiner rund 2000 Mitglieder und den Verkauf einer monatlich erscheinenden Zeitschrift und anderer Publikationen, erhält aber als Mitglied des Seikyō-Netzwerkes weitere finanzielle Unterstützung. CUJ engagiert sich bereits seit langem gegen Atomkraft und ist daher nicht nur mit anderen Verbraucherschutzgruppen sondern auch mit der Anti-Atomkraft-Bewegung vernetzt.

Die bis Ende März 2012 gültigen vorläufigen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln beurteilt CUJ als zu hoch, ebenso wie die seit April 2012 gültigen Grenzwerte (Interview Yasushi Yamaura 2012):

Diese Grenzwerte für die radioaktive Kontamination von Lebensmitteln sollten weiter gesenkt werden. Die Lebensmittel sind immer noch nicht sicher. Ich denke, es müsste vor allem ein funktionierendes System für Messungen eingeführt werden. Das ist natürlich besonders für die Bauern schwer. Sie können nichts dafür, dass ihre Pflanzen radioaktiv verseucht wurden. Ihre Böden sind kontaminiert. Weil die verseuchten Agrarprodukte nicht gegessen werden können, sind die Bauern in einer schlimmen Situation. Aber gerade deswegen müssen Daten über den Grad der Verschmutzung veröffentlicht werden. Ich denke, die Messungen sind notwendig. Um richtig messen zu können, müssen die Kommunen Messgeräte zur Verfügung stellen und sich bemühen, kontaminierte Lebensmittel sorgfältig zu messen. Aber weil das kaum passiert, kaufen viele Bürger selbst Messgeräte. Überall haben sich Gruppen gebildet, die selbst messen und gemeinsam darüber nachdenken, wieviel bq/kg akzeptabel sind, und die die Produzenten dazu auffordern, ihre Produkte messen zu lassen.

Auch bei CUJ ist das Mitgefühl mit den Bauern aus Fukushima stark ausgeprägt. Deshalb rät die Gruppe den Konsumenten auch nicht per se davon ab, Produkte aus Fukushima zu kaufen, die immer noch an zahlreichen Ständen angeboten wer-

den, um die Bauern zu unterstützen. Allerdings sollten die Konsumenten gut überlegen, ob sie die Produkte kaufen und sich genau ansehen, ob sie gemessen wurden und wie viel Radioaktivität enthalten ist (Interview Yasushi Yamaura 2012).

Die Verbraucherschutzgruppen müssen sich ebenso wie die staatlichen Entscheidungsträger erst Wissen über Radioaktivität in Lebensmitteln aneignen. Die wichtigste Referenz stellt die Atomkatastrophe von Tschernobyl dar. Deshalb arbeitet CUJ eng mit Wissenschaftlern, Produzenten und Bürgergruppen zusammen, die sich gegründet haben, um Lebensmittel selbst zu messen (Itō 2012). Auf der Basis bereits erarbeiteter Gutachten veröffentlichte CUJ im Dezember 2011 einen offenen Brief an die Gesundheitsministerin Yōko Komiyama, in dem die alten und die neuen vorläufigen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln kritisiert werden. Kritikpunkte sind nicht nur die Höhe der neuen Grenzwerte, sondern auch, dass radioaktive Stoffe wie Uran, Plutonium und Strontium nicht berücksichtigt werden (CUJ 2011).

Während Verbrauchergruppen wie CUJ die staatlichen Informationen kritisieren, existieren auch Organisationen, die ihre Informationen von MAFF und MHLW beziehen und auf Anfrage Konsumenten beruhigen, die staatlich festgelegten Grenzwerte seien sicher. Das betrifft nicht nur Gruppen in ländlichen Regionen in Kyūshū wie die Konsumentengruppe Arita (Arita shōhisha gurūpu), sondern auch Organisationen in Tōkyō wie die Gruppe Shoku no Komyunikēshon Entaku Kaigi (SKEK). Während die Leiterin der Verbrauchergruppe in Arita die Gefahr, die von Radioaktivität ausgeht, mit ihrer eigenen Erfahrung relativierte, nach dem Atombombenabwurf in Nagasaki jahrelang Reis aus der Region gegessen und dennoch ein hohes Alter erreicht zu haben (Interview Yūko Matsumoto 2012), bezichtigte die Leiterin von SKEK besorgte Mütter von Kleinkindern der Hysterie (Interview Setsuko Nishiyama 2012). Beide sprachen vor allem den Bauern in Tōhoku ihre Solidarität aus. Auf der Internetseite von SKEK (2011) ruft die Gruppe japanische Konsumenten dazu auf, sich zu beruhigen. Die vorläufigen und bis zum 31. März 2012 gültigen Grenzwerte des MHLW seien sicher, und es sei kein Problem, sich ein ganzes Leben lang von Lebensmitteln zu ernähren, die unterhalb dieser Grenzwerte liegen.

Hier wird wieder die bereits bei den anderen Akteuren deutlich gewordene Paradoxie sichtbar, zugleich Verbraucher- und Produzenteninteressen zu vertreten, ohne aber eine Balance zu finden. Zusammenfassend kann man sagen, dass es eine entscheidende Rolle spielt, an welche Art von Verbraucher(schutz)gruppe sich Konsumenten wenden, wenn sie sich über Radioaktivität informieren wollen, da einige Verbrauchergruppen die Unbedenklichkeit des Verzehrs sämtlicher auf dem japanischen Markt verfügbaren Lebensmitteln propagieren, während andere Grup-

pen die Grenzwerte der Regierung nach wie vor als nicht streng genug einschätzen und damit auch die Sicherheit japanischer Lebensmittel in Frage stellen.

6. Fazit

E-Mail-Umfrage, Interviews und japanische Medienberichte haben gezeigt, dass sich japanische Konsumenten nicht ausreichend über die Sicherheit der Lebensmittel nach der Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 informiert fühlen. Welche Informationen über Lebensmittel können sie von der japanischen Regierung, Lebensmittelproduzenten, Händlern und Verbraucher(schutz)gruppen erhalten? Die japanische Regierung hat durch die Festlegung von Grenzwerten zunächst einmal eine Orientierungshilfe für Konsumenten und Produzenten geschaffen und versichert, dass Lebensmittel, welche diese Werte überschreiten, nicht auf den Markt gelangen dürfen: Alle Lebensmittel auf dem japanischen Markt seien sicher.

Die Informationspolitik der Lebensmittelproduzenten variiert. Während einige Bauern aus der Präfektur Fukushima ihre Produkte Messungen unterziehen und die Ergebnisse veröffentlichen, halten andere Bauern Transparenz für überflüssig, da ihre Produkte aufgrund ihrer Herkunft ohnehin stigmatisiert und unverkäuflich geworden seien. Große Unternehmen der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie veröffentlichen ebenfalls Messmethoden und Messergebnisse der Inhaltsstoffe im Internet. Grundlage für die Kommunikation der Produzenten mit den Konsumenten sind jedoch die offiziellen Grenzwerte. Eine eigenständige Beurteilung der Auswirkungen auf die Gesundheit der Konsumenten durch den Konsum radioaktiv belasteter Lebensmittel erfolgt durch die hier untersuchten Produzenten nicht.

Die Verbraucherkooperativen informieren ihre Kunden einerseits über die Herkunft ihrer Produkte und bieten gezielt Lebensmittel aus Westjapan an. Andererseits fühlen sie sich auch den Produzenten gegenüber verpflichtet und versuchen den Spagat zwischen Verbraucher- und Produzenteninteressen teilweise über eigene, sehr niedrige Grenzwerte und ein transparentes Messsystem. Daichi o mamorukai verkauft zum Beispiel weiterhin Agrarprodukte aus der Präfektur Fukushima, informiert die Konsumenten aber über ihre Messergebnisse. Durch die Festlegung eigener Grenzwerte hinterfragen einige Verbraucherkooperativen die Angemessenheit der staatlichen Grenzwerte.

Die durch die unterschiedlichen Verbraucher(schutz)gruppen verbreiteten Informationen sind sehr unterschiedlich. Regierungskritische Netzwerke wie Nihon Shōhisha Renmei warnen vor zu hohen Grenzwerten der japanischen Regierung,

scheuen sich gleichzeitig aber davor, vom Kauf von Agrarprodukten aus Fukushima abzuraten. Kleinere lokale Gruppen, die ihre Informationen teilweise direkt von MAFF und MHLW erhalten, bemühen sich hingegen darum, besorgte Konsumenten zu beruhigen und nehmen Verbrauchersorgen nicht immer ernst, wie sich in der Beschreibung besorgter Mütter als »hysterisch« zeigt.

Gemeinsam ist allen hier untersuchten Akteuren, dass sie sich derzeit mit einer konkreten Bewertung des Ausmaßes und der Risiken zurückhalten. Besonders staatliche Akteure, die Verbraucherkooperativen und einige Verbraucherschutzgruppen bemühen sich jedoch um eine wissenschaftliche Beurteilung des zu erwartenden Ausmaßes und der Auswirkungen auf Individuen (FRENCH, MAULE und MYTHEN 2005: 879). Allerdings wird besonders die zeitliche Verzögerung dieses Prozesses auf staatlicher Seite kritisiert, da erst am 01. April 2012 Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln in Kraft getreten sind, die als wissenschaftlich fundiert gelten können. Allerdings drängt sich die Frage auf, was wäre, wenn BECK (2007: 62) Recht hätte und angesichts der endlosen nuklearen Katastrophe in Fukushima bisher erprobte Standards und Messverfahren nutzlos wären und nur der Verschleierung einer »organisierten Verantwortungslosigkeit« (BECK 2007: 62) dienten.

Ein Hinweis darauf, dass dies zutreffen könnte, wäre die Unfähigkeit staatlicher Stellen, die Einhaltung staatlicher Grenzwerten über flächendeckende Messungen zuverlässig zu gewährleisten. Gleichzeitig stimmt es optimistisch, dass die Zivilgesellschaft in Form von Bürgermessstationen (CRMS), aber auch die Lebensmittelbranche selbst, beginnt, diese Informationslücken auszufüllen. Besonders vor diesem Hintergrund bemüht sich der japanische Staat darum, die Definitionshoheit über Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit Radioaktivität zurückzugewinnen, wie die Reaktion des MAFF auf die alternativen Grenzwerte einiger Unternehmen der Lebensmittelbranche zeigt. Zwar sind die japanischen Konsumenten mit der Informationspolitik der japanischen Regierung und der zuständigen Behörden nicht zufrieden, sehen den Staat aber in der Verantwortung. Ebenso rufen nicht nur die Bauern, sondern auch die großen Konzerne der lebensmittelverarbeitenden Industrie nach mehr staatlichen Kontrollen. Diese Reaktion wirft die weitreichende Frage auf, wer im globalen Kapitalismus für verursachte Schäden vom Ausmaß einer Atomkatastrophe wie in Fukushima aufkommen muss.

Bereits meine Konsumentenbefragung deutet das Dilemma der Diskurse über Lebensmittelsicherheit in Japan nach der Katastrophe vom 11. März 2011 an: Es besteht in dem Changieren zwischen der Aufklärung über die Gefahren radioaktiv kontaminierter Lebensmittel und Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher und dem gleichzeitigen Wunsch, die Produzenten in der betroffenen Region zu unter-

stützen und die Gefahren, die von Radioaktivität ausgehen sowie deren geographische Dimensionen zu negieren. Es geht um einen Prozess, den FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005) Gewichtung genannt haben. Dabei geht es darum, die Folgen von Risiken und Katastrophen im Lebensmittelbereich für eine Gruppe als einschneidender zu bewerten als für andere Gruppen. Im herrschenden Diskurs über kontaminierte Lebensmittel in Japan werden derzeit die Folgen für die Bauern als deutlich gewichtiger eingeschätzt als die Folgen für die Konsumenten, die derzeit schlicht noch nicht sichtbar sind. Das stellt besonders ein Problem für die Verbraucherkooperativen dar, welche sich seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren um ein harmonisches Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten bemüht und diese Balance als Grundlage für Lebensmittelsicherheit gesehen haben. Die Atomkatastrophe stellt daher besonders für diese Akteure eine Zäsur dar, die das Verhältnis zwischen Konsumenten und Produzenten erschüttert.

Literatur

- AIHARA, HIROKO (14.12.2011), »Konamiruku kara 30 Bekereru no Hamon« [Aufregung über 30 Bequerel in Säuglingsmilchpulver], in: *Nikkei Bijinesu*, <http://business.nikkeibp.co.jp/article/life/20111212/225113/?rt=nocnt> (15.12.2011).
- AOKI, MIZUHO (04.01.2012), »Nuclear Awakening: Mothers First to Shed Food-Safety Complacency«, in: *Japan Times*, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120103x2.html> (04.01.2012).
- APJF (ASIA-PACIFIC JOURNAL FEATURE) (2011), »Japan's Irradiated Beef Scandal«, in: *The Asia-Pacific Journal*, 9 (5), http://japanfocus.org/-Asia_Pacific_Journal-Feature/3577# (23.11.2011).
- AS (ASAHI SHINBUN) (21.04.2012), »Shokuhin no Hōshanō Kensa ›Dokuji Kijun yamete‹ Nōsuishō ga Tsūchi« [MAFF fordert die Abschaffung unabhängiger Grenzwerte bei der Messung von Radioaktivität in Lebensmitteln], <http://www.asahi.com/politics/update/0421/TKY201204200862.html> (21.04.2012).
- AS (ASAHI SHINBUN) (27.09.2011), »Gyūniku, Anshin shite tabete, Shukka Teishi Kaijo no 4 Ken, Toshi de PR« [Vier Präfekturen machen Werbung in der Stadt für die Aufhebung des Verkaufsverbots von Rindfleisch und einen angstfreien Verzehr], <http://www.asahi.com/national/update/0927/TKY201109270656.html?ref=recc> (30.09.2011).
- BECK, ULRICH (2007), *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp.
- BUSCH, LAWRENCE (2004), »Grades and Standards in the Social Construction of Safe Food«, in: ELISABETH LIEN und BRIGITTE NERLICH (Hg.), *The Politics of Food*, Oxford: Berg, S. 163–178.

- CRMS (SHIMIN HŌSHANŌ SOKUTEISHO) (2012), *Shokuhinbetsu Sokutei Kekka* [Messergebnisse von Lebensmitteln], <http://www.crms-jpn.com/mrdatafoodcat/> (21.04.2012).
- CUJ (NIHON SHŌHISHA RENMEI) (2011), *Consumers Protest Against the Radiation Limits for Food*, <http://www.nishoren.org/en/?p=1158> (12.03.2012).
- DMK (DAICHI O MAMORUKAI) (2012a), *Tsuchi Ōne*, Katalog, 20.02.2012.
- DMK (DAICHI O MAMORUKAI) (2012b), *Kuni no Hōshanō Shinkijun yori Kibishii Jishu Kijun Settei* [Festlegung strengerer Grenzwerte als die neuen Grenzwerte der Regierung für Radioaktivität], Pressemitteilung, 20.02.2012.
- FACKLER, MARTIN (21.01.2012), »Japanese Struggle to Protect Their Food Supply«, in: *New York Times*, <http://www.nytimes.com/2012/01/22/world/asia/wary-japanese-take-food-safety-into-their-own-hands.html> (10.03.2012).
- FAO (2012), *Codex Guideline Levels for Radionuclides in Foods Contaminated Following a Nuclear or Radiological Emergency*, <http://www.fao.org/crisis/27242-0bfef658358a6e-d53980a5eb5c80685ef.pdf> (10.03.2012).
- FOODWATCH (2011), *Kalkulierter Strahlentod: Die Grenzwerte für radioaktiv verstrahlte Lebensmittel in der EU und in Japan*, *KalkulierterStrahlentod_Report_foodwatch_IPPNW2011-09-20_D.pdf*, (10.10.2011).
- FRENCH, SIMON, A. JOHN MAULE und GABE MYTHEN (2005), »Softmodelling in Risk Communication and Management: Examples in Handling Food Risk«, in: *Journal of the Operational Research Society*, 56: 879–888.
- FRID, MARTIN J. (2011), »Food Safety: Addressing Radiation in Japan's Northeast after 3.11«, in: *Japan Focus: The Asia-Pacific Journal*, 9 (31), http://japanfocus.org/-Martin_J_-Frid/3580 (30.09.2011).
- FSC (SHOKUHI ANZEN I'INKAI) (2011), *Shokuhin Anzen I'inkai I'inchō Danwa* [Kommentar des Vorsitzenden der Food Safety Commission], http://www.fsc.go.jp/sonota/emerg/fsc_incho_message_radiorisk.pdf (02.02.2012).
- FSC (FOOD SAFETY COMMISSION) (2010), *Role of the Food Safety Commission*, <http://www.fsc.go.jp/english/aboutus/roleofthefoodsafetycommission.html> (23.11.2011).
- HIRATA-KIMURA, AYA und MIMA NISHIYAMA (2007), »The Chisan-Chishō Movement: Japanese Local Food Movement and Its Challenges«, in: *Agriculture and Human Values*, 25: 49–64.
- HÜSTEBECK, MOMOYO (2009), »Administrative und fiskalische Dezentralisierung in Japan: Instrumente zur Stärkung der japanischen lokalen Selbstverwaltung«, in: GESINE FOLJANTY-JOST (Hg.), *Kommunalreform in Deutschland und Japan. Ökonomisierung und Demokratisierung in vergleichender Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 31–58.
- ITŌ, FUMIKA (2012), »Hōshanō Osen Shokuhin ni dō mukiau ka?« [Wie sollen wir radioaktiv kontaminierten Lebensmitteln gegenüberreten?], in: *Consumers Report*, 1504: 4–5.

- JETRO (2010), *Agriculture, Forestry and Fisheries Research Division, Japans Food Imports (2008–2009)*, http://www.jetro.go.jp/en/reports/statistics/data/o8o9_import.pdf (01.08.2011).
- JUSSAUME, RAYMOND A. JR., SHŪJI HISANO und YOSHIMITSU TANIGUCHI (2000), »Food Safety in Modern Japan«, in: NICOLA LISCUTIN und RENÉ HAAK (Hg.), *Essen und Ernährung im modernen Japan*, München: Iudicium, S. 211–228.
- KAWAGISHI, HIROKAZU (2008), *Shoku no Anzen ha doko made Shinyō dekiru no ka?* [Inwieweit kann man an Lebensmittelsicherheit glauben?], Tōkyō: Asuki Shinsho.
- KOBAYASHI, MIKI (27.10.2011), »Shokuhin kara no Hibaku, ›Shōgai 100 Mirishiiberuto‹ Anzen'i Tōshin« [Gutachten der Kommission für Lebensmittelsicherheit: »100 Milli-Sievert Strahlenbelastung durch Lebensmittel im gesamten Leben«], in: *Asahi Shinbun*, <http://www.asahi.com/national/update/1027/TKY201110270508.html> (30.10.2011).
- MAFF (MINISTRY OF AGRICULTURE, FORESTRY AND FISHERIES) (2011), *The Damages Caused by the Great East Japan Earthquake and Actions Taken by Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries*, http://www.maff.go.jp/e/quake/press_110706-2.html (18.08.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (29.03.2012), »Higashi Nihon Daishinsai: Fukushima Dai'ichi Jikko, Iitate no Yamame, 18700 bq/kg Kenshutsu« [Erdbebenkatastrophe in Ostjapan und Unfall im Atomkraftwerk Fukushima Dai'ichi: In Iitate wurden Bachforellen mit 18700 bq/kg entdeckt], <http://mainichi.jp/select/weathernews/archive/news/2012/03/29/20120329dmo1204002600oc.html> (29.03.2012).
- MHLW (MINISTRY OF HEALTH, LABOR AND WELFARE) (2012), *Shokuhinchū no Hōshaseibussuitsu no aratana Kijunchi ni tsuite* [Über die neuen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln], <http://www.mhlw.go.jp/topics/bukyoku/iyaku/syoku-anzen/iken/dl/120117-1-03-01.pdf> (04.04.2012).
- MULGAN, AURELIA GEORGE (2005), »Where Tradition Meets Change: Japan's Agricultural Politics in Transition«, in: *Journal of Japanese Studies*, 31 (2): 261–298.
- NAIKAKUFU (2011), *Kokumin Seikatsu ni kan suru Yoron Chōsa* [Umfrage über den Lebensstil der japanischen Bürger], <http://www8.cao.go.jp/survey/h23/h23-life/2-1.html> (03.04.2012).
- NAKAMURA, TSUYOSHI und KOIZUMI, TOMOKO (25.12.2011), »New Radiation Limits Alarm Local Entities«, in: *The Daily Yomiuri*, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T111224002468.htm> (03.01.2012).
- NESTLE, MARION (2003), *Safe Food: The Politics of Safe Food*, Berkeley: University of California Press.
- NOGUCHI, KUNIKAZU (2011), *Hōshanō Osen kara Kazoku o mamoru: Tabekata no aAnzen Manyuaru* [Die Familie vor radioaktiver Kontamination schützen: Eine Anleitung zum sicheren Essen], Tōkyō: Seishun Shinsho.
- NOTTAGE, LUKE (2011), »Consumer Rights in Japan«, in: PARISSA HAGHIRIAN (Hg.), *Japanese Consumer Dynamics*, London: Palgrave Macmillan, S. 31–61.

- OHNUKI-THIERNEY, EMIKO (1995), »Structure, Event and Historical Metaphor: Rice and Identities in Japanese History«, in: *The Journal of the Royal Anthropological Institute*, 1 (2): 227–253.
- OTAKE, TOMOKO (26.06.2011): »Irradiated Food Poses Moral Dilemmas«, in: *The Japan Times*, <http://www.japantimes.co.jp/text/fl20110626x2.html> (22.08.2012).
- PFLUGBEIL, SEBASTIAN (2012), »Tschernobyl in Permanenz: Ein Jahr Fukushima«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3: 89–97.
- REIHER, CORNELIA (2009), »Bestimmt der Staat, was auf den Tisch kommt? Die Umsetzung des Rahmengesetzes zur Ernährungserziehung im ländlichen Japan«, in: IRIS WIECZOREK und DAVID CHIAVACCI (Hg.), *Japan 2009: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJE, S. 63–88.
- STATISTICS BUREAU OF JAPAN (2012), *Self-Sufficiency Ratio of Comprehensive Food*, <http://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/1431-07.htm> (12.02.2012).
- SKEK (SHOKUHIN NO KOMYUNIKĒSHON ENTAKU KAIGI) (2011), *Shōhisha no Minasama, ochitsukimashō!* [An alle Konsumenten: beruhigen wir uns!], <https://food-entaku.org/20110311.htm> (23.02.2012).
- TAKEDA, HIROKO (2008), »Delicious Food in a Beautiful Country: Nationhood and Nationalism in Discourses on Food in Contemporary Japan«, in: *Studies in Ethnicity and Nationalism*, 8 (2): 5–30.
- TDY (THE DAILY YOMIURI) (21.08.2011), »Miyagi Farmer to Ship Rice after Own Safety Inspection«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T110820002130.htm> (10.10.2011).
- WITTE, JENS (12.04.2011), »Katastrophenregion Fukushima: Japans seltsame Atom-Show«, in: *Spiegel*, <http://www.spiegel.de/panorama/o,1518,756602,00.html>, (12.4.2011).
- YS (YOMIURI SHINBUN) (01.11.2011), »Kanagawaken Odawarashi no Chaba, Shukka Teishi o Kaijo« [Aufhebung des Verkaufsverbots für Teeblätter aus Odawara in der Präfektur Kanagawa], <http://www.yomiuri.co.jp/feature/20110316-866921/news/20111101-OYT1To1240.htm> (03.11.2011).